

DIE LINKE.Kreistagsgruppe, Siegburg, Mühlenstr. 46, 53721 Siegburg

Herrn Landrat  
Dr. Frithjof Kühn  
Wilhelmplatz 1  
53721 Siegburg

**Michael Otter**  
Mitglied des Kreistages  
Mühlenstr. 46  
53721 Siegburg  
Telefon 02241 / 1694863

[dielinke@otter-depiereux.de](mailto:dielinke@otter-depiereux.de)  
[www.dielinke-rhein-sieg.de](http://www.dielinke-rhein-sieg.de)

Siegburg, den 18.10.2010

## **Antrag zur Optionskommune Neuorganisation**

Sehr geehrter Herr Landrat,

für die Sitzung des Kreistages stellt die Kreistagsgruppe DIE LINKE zum TO Neuregelung SGB II folgenden Antrag.

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung:

- 1) Die noch zu benennende Einrichtung (Modell Optionskommune) wird angewiesen, sicherzustellen, dass die Situation von Hartz IV-Empfängern bei der Umstellung auf das Modell Optionskommune nicht verschlechtert. Dies betrifft besonders die Umstellung der Datenverarbeitung.
- 2) Die noch zu benennende Einrichtung (Modell Optionskommune) wird angewiesen Personal ausreichend zu qualifizieren.
- 3) Die noch zu benennende Einrichtung (Modell Optionskommune) wird angewiesen, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren an das Jugendamt abzugeben.

Der Kreistag möge beschließen:

- 1) Im Fall von zeitlich nicht absehbaren Umstellungsproblemen ist innerhalb der Jahresfrist zur endgültigen Entscheidung über den Versuch, die Verwaltung von Hartz IV-Empfängern als Optionskommune zu übernehmen, zu beenden. Die Verwaltung hat dazu dem Kreistag Anfang September einen Bericht vorzulegen.

**Begründung:**

Die Veränderungen der Verwaltung von Hartz IV-Empfängern dürfen nicht zum Nachteil der betreuten Personen sein. Schon bei der Umstellung auf das Modell Arge kam es zu Verzögerung bei der Feststellung von Leistungsbezügen wegen fehlerhafter Software und schleppender Übertragung der Daten.

Daher muss alles getan werden, dass beim nächsten Auszahlungstermin nach der Umstellung die Hartz IV-Empfänger keine fehlerhaften Bescheide erhalten oder gar keine.

Das mit den Aufgaben betreute Personal muss für diesen Zweck angemessen qualifiziert werden.

Das zukünftige System muss im Sinne der Leistungserbringung für die Menschen bei seiner Einführung vollkommen arbeitsfähig sein.

Bezogen auf die Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist die noch zu benennende Einrichtung, welche auf die Vermittlung von Arbeit ausgerichtet ist, gänzlich ungeeignet. Hierbei sehen wir es als notwendig an, den Kindern und Jugendlichen einen Start ins Leben außerhalb von Hartz IV zu ermöglichen.

Mit sozialistischen Grüßen

Michael Otter  
(Mitglied des Kreistages)